



Nr. 36

Berlin, 10. September 2008

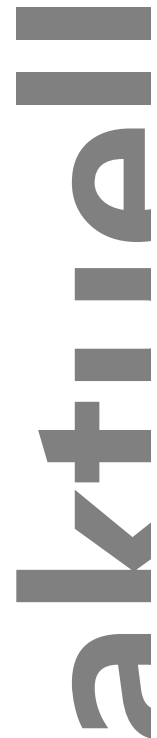
Inhalt:

Aktionen zur Rettung der Krankenhäuser fortgesetzt –
dbb Vertreter fordern: Patientenversorgung nicht gefährden+++
dbb tarifunion: Kein Bedarf zum Nachverhandeln bei Berliner
Verkehrsbetrieben+++
dbb würdigt Beitrag der Union der Rechtspfleger zu europäischer
Justiz-Zusammenarbeit+++
Zusammenarbeit mit Antidiskriminierungsstelle des Bundes geplant -
Wildfeuer: Frauen bei Beförderungen noch immer benachteiligt+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Zeitung: Beamte in Baden-Württemberg erhalten mehr
Kilometergeld+++
dbb niedersachsen: Land hat Sparbemühungen überzogen –
Musterklage wird Bundesverfassungsgericht vorgelegt+++
dbb sachsen-anhalt kritisiert verschärften Stellenabbau+++
BDZ begrüßt Pläne zu besserer Ausstattung der Zollverwaltung+++
GDBA fordert strenge Investoren-Auswahl bei
Bahnprivatisierung++
Neues Meldegesetz – DPoIG fordert mehr Zugriffsmöglichkeiten
für Polizei+++
Philologenverband: OECD-These vom Rückstand bei
Hochqualifizierten nicht aussagekräftig+++
VBE: Für Bildung mehr auf die Tube drücken+++

Namen und Nachrichten +++



Aktionen zur Rettung der Krankenhäuser fortgesetzt – dbb Vertreter fordern: Patientenversorgung nicht gefährden

(dbb) Mit weiteren Protesten in mehreren Bundesländern hat das Aktionsbündnis zur Rettung der Krankenhäuser auf die bedrohliche Lage der Kliniken aufmerksam gemacht und die Politik zum Handeln aufgefordert. dbb Vertreter mahnten in diesem Zusammenhang vor allem eine ausreichende Finanzierung der Krankenhäuser an.

„Nur dann sind die Kliniken in Hessen auch künftig in der Lage, die ihnen anvertrauten Patienten zuverlässig und in bester Qualität versorgen zu können“, sagte Siegfried Damm, stellvertretender Vorsitzender der dbb tarifunion, zum Start der Aktionswoche des Aktionsbündnisses in Hessen am 5. September in Frankfurt am Main. Dort geht es derzeit um eine Finanzierungslücke von rund 450 Millionen Euro. Damm: „Schluss jetzt mit den anhaltenden Einsparungen, weg mit dem Deckel auf den Krankenhausbudgets! Kranke Menschen müssen sich auch weiterhin auf eine flächendeckende, gute Versorgung durch die Kliniken in Hessen verlassen können.“

„Vor der bedrohlichen Situation der baden-württembergischen Krankenhäuser darf die Politik nicht länger die Augen verschließen“, mahnte Helmut Overbeck, stellvertretender Vorsitzender der dbb tarifunion, am 8. September 2008 in Stuttgart. Durch gestiegene Kosten auf der einen und Dauersparen auf der anderen Seite sei die Qualität der Betreuung der Patienten in Gefahr. „Und die Mitarbeiter

und Auszubildenden in den rund 670 Krankenhäusern, Pflege-, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen des Landes haben Anspruch auf angemessene Bezahlung.“

Anlässlich der Aktionen in Rheinland-Pfalz erklärte Uli Silberbach, stellvertretender Vorsitzender der dbb tarifunion, am 9. September 2008 in Mainz, der dbb habe sich in den Aktionsbündnissen mit Verbänden der Krankenhausträger und Mitarbeiter-Organisationen zusammengeschlossen, um auf die drängenden Probleme aufmerksam zu machen: steigende Belegungszahlen, Einschränkungen in der Pflege, längere Wartezeiten für Operationen und schlechter gewartete Ausrüstung. Silberbach forderte gesetzliche Regelungen, die den Krankenhäusern langfristige finanzielle Perspektiven geben.

Die Aktionen sind Teil einer bundesweiten Kampagne, deren Höhepunkt eine Großdemonstration am 25. September 2008 am Brandenburger Tor in Berlin sein wird.
(01/36/08)

dbb tarifunion: Kein Bedarf zum Nachverhandeln bei Berliner Verkehrsbetrieben

(dbb) Der dbb sieht beim Tarifabschluss für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) keinen Bedarf zum Nachverhandeln. Der 2. Vorsitzende der dbb tarifunion Willi Russ sagte am 4. September 2008 zu entsprechenden Spekulationen in der Presse: "Die zuständigen dbb Gremien haben beschlossen, dass wir den im Mai dieses Jahres erzielten Tarifabschluss für die BVG-Beschäftigten eins zu eins übernehmen. Wir sehen deshalb keine Notwendigkeit für Nachverhandlungen."

Auch der Vorsitzende des dbb berlin, Joachim Jetschmann, betonte, dass es bei Gesprächen zwischen der dbb tarifunion und dem kommunalen Arbeitgeberverband ausschließlich darum gehe, den Tarifabschluss zu übernehmen. "Es gibt nichts nach zu verhandeln", sagte er. Russ

machte klar, dass für die Tarifverhandlungen mit den Berliner Verkehrsbetrieben die dbb tarifunion zuständig ist: "Das ist keine Angelegenheit unserer Fachgewerkschaften."
(02/36/08)

dbb würdigt Beitrag der Union der Rechtspfleger zu europäischer Justiz-Zusammenarbeit

(dbb) Den Beitrag der Europäischen Union der Rechtspfleger (EUR) zu einer engeren justiziellen Zusammenarbeit in der Europäischen Union hat dbb Vize Klaus Dauderstädt gewürdigt. Zur Eröffnung der EUR-Generalversammlung am 5. September 2008 in München sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, zugleich werde mit der Arbeit der EUR eine wichtige Wechselwirkung für das Berufsbild des Rechtspflegers im nationalen Kontext erzielt.

An der Generalversammlung, die unter dem Motto „Der Rechtspfleger als Garant der Gerichtsbarkeit in Europa - ein Beitrag im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ stand, nahmen Vertreter aus 16 europäischen Staaten und Japan teil.

Mit Blick auf Deutschland sei der dbb besorgt, „dass die Anforderungen an ein nach unseren Maßstäben funktionierendes Justizverfahren immer wieder mit wirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Erwägungen vermischt werden“, so Dauderstädt weiter. Die Folge sind Auslage-

rungsbestrebungen von Bestandteilen des Justizverfahrens - etwa das Handelsregister, das Nachlasswesen und die Führung der Grundbücher. „Derartige Privatisierungstendenzen von Justizaufgaben lehnt der dbb beamtenbund und tarifunion ab. Denn es liegt in der Natur der Sache, dass auf Wirtschaftlichkeit und Gewinnmaximierung ausgerichtete Private nicht die gleiche Gewähr für die Neutralität und Unabhängigkeit bieten können, wie es heute der Rechtspfleger tun kann“, sagte Dauderstädt.
(03/26/08)

Zusammenarbeit mit Antidiskriminierungsstelle des Bundes geplant - Wildfeuer: Frauen bei Beförderungen noch immer benachteiligt

(dbb) Zu einem Sondierungsgespräch sind am 9. September 2008 im dbb forum berlin die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer, und die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), Martina Köppen, zusammen gekommen. Sie erörterten die künftige Zusammenarbeit zur Durchsetzung der Rechte der Frauen im öffentlichen Dienst.

Wildfeuer verwies darauf, „dass Beurteilungstatistiken belegen, dass Frauen, insbesondere wenn sie teilzeitbeschäftigt sind, bei Beförderungen benachteiligt werden“. Köppen pflichtete ihr bei und berichtete, dass sich viele Frauen mit Anfragen dazu an die ADS wenden. Ursachen seien u. a. in der Beurteilungspolitik zu finden. Die Zusammenarbeit von dbb bundesfrauenvertretung und Antidiskriminierungsstelle soll dazu führen, Einfluss auf die künftige Gesetzgebung auch in dieser Hinsicht zu gewinnen.

Weitere Themen des Erfahrungsaustauschs waren spezifische Altersbegrenzungen im öffentlichen Dienst, Dienstaltersstufen und altersbedingter Urlaubsanspruch. Auch diese Bereiche seien diskriminierungsanfällig. Die dbb Bundesleitungsmitglieder Kirsten Lühmann (DPoIG) und Astrid Hollmann (VRFF) nahmen ebenfalls an dem Gespräch teil.
(04/26/08)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Zeitung: Beamte in Baden-Württemberg erhalten mehr Kilometergeld

(dbb) Die Beamten in Baden-Württemberg erhalten künftig mehr Kilometergeld. Wie die „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 10. September 2008) berichten, hat die Landesregierung - auf Forderung des BBW - die Wegstreckenentschädigung erhöht.

Allerdings erhalten die Betroffenen 35 Cent pro Kilometer, während der BBW Beamtenbund Tarifunion 40 Cent pro Kilometer gefordert hatte. Die Regelung soll zum 1. Januar 2009 in Kraft treten.

Damit sei ein längst überfälliger Schritt vollzogen worden, kommentierte BBW-Chef Volker Stich den Kabinettsbeschluss in der Zeitung. Mit der Erhöhung der so genannten Wegstreckenentschädigung von 30 auf 35 Cent für Beschäftigte, deren Privatwagen zum Dienstreiseverkehr zugelassen ist, beziehungsweise von 22 auf 25 Cent für gelegentliche Dienstfahrten mit dem eigenen Auto schließt sich Baden-Württemberg der bayerischen Neuregelung an - allerdings mit dem Unterschied, dass Bayern bereits seit 1. August mehr Kilometer-

geld erstattet, während in Baden-Württemberg die neuen Kilometergeldsätze erst zum 1. Januar 2009 gelten.

Vor diesem Hintergrund bezeichnet BBW-Chef Stich die vorgesehene Neuregelung auch lediglich als „befriedigende Lösung“, zumal der BBW bereits mit Schreiben von Anfang Mai 2008 vor allem mit Blick auf die drastisch gestiegenen Kraftstoffpreise eine Anhebung des Kilometergeldes von 30 auf 40 Cent gefordert hatte. „Auch wenn die Landesregierung der Forderung des BBW nicht in allen Punkten gefolgt ist, verbuchen wir die Anhebung des Kilometergelds als Ergebnis unseres Einsatzes“, sagte Stich.
(05/36/08)

dbb niedersachsen: Land hat Sparbemühungen überzogen – Musterklage wird Bundesverfassungsgericht vorgelegt

(dbb) Der dbb niedersachsen hat es als Erfolg gewertet, dass das Verwaltungsgericht Braunschweig die erste verhandelte Musterklage zur Unteralimentierung der niedersächsischen Beamtinnen und Beamten dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorlegen wird.

„Das ist ein großer Erfolg für uns, eine Bestätigung unseres Weges und vor allem ein erster Schritt zur Schaffung von Gerechtigkeit für unsere Kolleginnen und Kollegen“, sagte Friedhelm Schäfer, Vorsitzender des niedersächsischen dbb, zu der Entscheidung vom 9. September 2008. „Das Gericht teilt unsere Einschätzung, dass der Gesetzgeber in seinen Sparbemühungen der letzten Jahre überzogen hat. Unabhängig vom weiteren Verfahren stehen wir der Landesregierung zu einem Dialog über politische Lösungen auch weiterhin zur Verfügung“, so Schäfer.

„Mit den Musterklagen begehren wir die Feststellung, dass die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten im Jahr 2005 und in der Folge auch danach keine amtsangemessene Alimentation als Teil der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums erhalten“, erläuterte der Landesbundvorsitzende. Auslöser für die Klagen sei letztendlich die Streichung des Weihnachtsgeldes durch die Landesregierung gewesen.
(06/36/08)

dbb sachsen-anhalt kritisiert verschärften Stellenabbau

(dbb) Der Beschluss der Landesregierung, noch mehr Stellen als ursprünglich geplant bei den Landesbeschäftigten abzubauen, ist beim dbb sachsen-anhalt auf Kritik gestoßen.

„Aufgabenkritik, wie vom dbb seit Jahren gefordert, wird nicht wirklich ernsthaft betrieben“, sagte dbb Landesvorsitzender Maik Wagner am 4. September 2008.

„Wenn die Landesregierung den Rotstift noch einmal gerade bei Polizisten und Lehrern ansetzt, muss sie erläutern, wie sie gleichzeitig die innere Sicherheit und ein hohes Bildungsniveau gewährleisten will“, so Wagner weiter. Der dbb gehe davon aus, dass sich der Aufgabenumfang der Landespolizei ungeachtet des Bevölkerungsrückgangs in den kommenden Jahren eher erhöhen wird, sodass der Stellenabbau absehbar zu einer weiteren Aufgabverdichtung für das vorhandene Personal führen wird.

Das Kabinett hatte in seiner Sitzung am 2. September 2008 die von Finanzminister Jens

Bullerjahn vorgelegte 2. Überarbeitung des Personalentwicklungskonzeptes (PEK) des Landes 2008 bis 2025 beschlossen. Die derzeit rund 60.000 Stellen sollen bis 2020 nicht mehr auf 45.600 sondern auf 43.000 zurückgeführt werden. Um das Personalabbauziel zu erreichen, wurde auch die Zahl der Neueinstellungen um 2.600 nach unten korrigiert. Danach sind in den Jahren 2012 bis 2020 nur noch 6.481 Neueinstellungen möglich - nach Auffassung des dbb zu wenig, um den hohen Altersdurchschnitt und den sich abzeichnenden Fachkräftemangel in der Landesverwaltung auszugleichen.
(07/36/08)

BDZ begrüßt Pläne zu besserer Ausstattung der Zollverwaltung

(dbb) Der BDZ Zoll- und Finanzgewerkschaft hat die Ankündigung der Bundesregierung begrüßt, die Zollverwaltung besser auszustatten, um eine wirksame Bekämpfung der Schwarzarbeit zu gewährleisten. Entsprechende Pläne hatte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz im Zusammenhang mit Diskussionen um Hartz IV-Missbrauch mitgeteilt.

BDZ-Chef Klaus H. Leprich sagte am 8. September 2008, die Fakten zeigten eindrucksvoll, dass eine erhebliche Personalaufstockung des Arbeitsbereichs Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) unausweichlich sei. Zurzeit sei eine wirksame Kontrolle aller Mindestlöhne durch den Zoll unmöglich. Die von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück propagierte Schwerpunktsetzung führe dazu, dass die Aufgaben der Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung vernachlässigt würden. Der Zoll benötige mehr Personal für die zeit- und arbeitsintensive Überprüfung der Mindestlöhne.

Nach der Baubranche war zum 1. Juli 2007 ein verbindlicher Mindestlohn für Gebäudereiniger

eingeführt worden. Am 1. Januar 2008 wurden die Briefdienste in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung sollen nun acht weitere Branchen folgen, so dass in Deutschland faktisch der Mindestlohn eingeführt wird.

Als Konsequenz sei eine Personalaufstockung bei der FKS unumgänglich. Bereits Anfang 2008 hatte der BDZ allein für die Branchen Gebäudereinigung und Postdienste auf einen personellen Mehrbedarf im dreistelligen Bereich hingewiesen.
(08/36/08)

GDBA fordert strenge Investoren-Auswahl bei Bahnprivatisierung

(dbb) Die Verkehrsgewerkschaft GDBA hat bei der geplanten Teilprivatisierung der Deutschen Bahn hohe Hürden für mögliche Investoren verlangt. Geldgeber, die als arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlich gelten, seien auszuschließen, forderte die Gewerkschaft am 5. September 2008 in Frankfurt am Main. Auch müssten Investoren, die unter einem maßgeblichen Einfluss von Regierungen stehen, besonders mit Blick auf das Demokratie- und Rechtsstaatsverständnis des jeweiligen Landes überprüft werden.

„Vor dem Hintergrund des von der Politik gewollten Börsengangs fordert die Verkehrsgewerkschaft GDBA vom Eigentümer die Anwendung eines strengen Auswahlverfahrens, dass die Nachhaltigkeit deutscher Wirtschafts-, Verkehrs- und Sozialpolitik auch im Bereich des

Schienenverkehrs und der Logistikwirtschaft absichert“, heißt es in der Mitteilung. So müssten Investoren die in Deutschland geltenden Gesetze und regeln der Tarifautonomie, Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft anerkennen. (09/36/08)

Neues Meldegesetz – DPoIG fordert mehr Zugriffsmöglichkeiten für Polizei

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) begrüßt den im Rahmen der Föderalismusreform auf den Weg gebrachten Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums, der vorsieht, das Melderecht von den Ländern in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes zu geben. Mit der Schaffung eines bundesweiten Melderegisters wird der Polizei ein wichtiges Fahndungs- und Ermittlungsinstrument an die Hand gegeben, das der Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenabwehr dient und so die Sicherheit insgesamt erhöhen kann, erklärte die DPoIG am 5. September 2008.

Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagte: „Was wir aber ablehnen, ist die vom Gesetzgeber vorgesehene Möglichkeit, dass auch in den Ländern weiterhin Melderegister existieren können. Eine Vielzahl von Melderegistern wäre unwirtschaftlich, aufwändig und unnötig. Außerdem wäre die Gefahr größer, dass vorhandene Daten missbräuchlich genutzt werden.“

Die DPoIG kritisierte auch „unzureichende Zugriffsmöglichkeiten für die Polizei“. Wendt: „Es

muss der Polizei auch künftig möglich sein, alle im Melderegister gespeicherten Daten ohne Umwege abrufen zu können. Dazu gehören Angaben über die Staatsangehörigkeit, den Tag des Ein- und Auszugs und Angaben über den Ehegatten. Wer hier der Polizei Steine in den Weg legt, erschwert die Ermittlungsarbeit unnötig.“

(10/36/08)

Philologenverband: OECD-These vom Rückstand bei Hochqualifizierten nicht aussagekräftig

(dbb) Der von der OECD-Bildungsbehörde verbreiteten Interpretation des aktuellen Berichts „Bildung auf einen Blick“, Deutschland verliere bei den Hochqualifizierten weiter an Boden, hat der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands (DPHV), Heinz-Peter Meidinger, deutlich widersprochen.

„Nach wie vor macht die OECD den Fehler, nur Zahlen und Quantitäten zu vergleichen, ohne die völlig unterschiedliche Struktur der Bildungseinrichtungen in den verschiedenen Ländern zu berücksichtigen. Tatsache ist, dass in vielen Ländern Bildungseinrichtungen zum Hochschulbereich gerechnet werden, die in Deutschland nicht dazu gehören, wie etwa zahlreiche bundesdeutsche Berufsakademien. In den USA besitzt eine Krankenschwester einen Bachelorabschluss, in Deutschland werden Krankenschwestern an Fachakademien und Krankenpflegeschulen mindestens ebenso gut ausgebildet. Im Ausland dominiert das qualitativ nicht so anspruchsvolle Kurzstudium, in Deutschland Langstudiengänge und berufli-

che Ausbildungsrichtungen. Die Gleichsetzung von Quantitäten geht also völlig fehl. Das weiß auch die OECD, aber die Konsequenz, auf reine Prozentquotenvergleiche zu verzichten, würde diese Organisation ihrer pressewirksamen Katastrophenmeldungen berauben“, sagte Meidinger am 9. September 2008.

Der DPhV-Vorsitzende bemängelte, dass ein Vergleich von Studienanfängerquoten auch wenig aussagekräftig sei. „Was nützen beispielsweise Italien seine in den letzten Jahren explosionsartig gestiegenen Studienanfängerzahlen, wenn man weiß, dass 55 Prozent der italienischen Studierenden die Uni ohne ersten Abschluss verlassen?“, fragte Meidinger und

empfahl, das Zahlenwerk der OECD differenzierter zu betrachten. Dann werde man u.a. feststellen, dass Deutschland nach wie vor mit 84 Prozent Bevölkerungsanteil mit Abitur oder abgeschlossener Berufsausbildung internatio-

nal sehr gut dastehe und dass auch die Studienanfängerquoten in allen Bereichen kontinuierlich gestiegen seien.
(11/36/08)

VBE: Für Bildung mehr auf die Tube drücken

(dbb) Einen „Schlusstrich unter Schönwetterreden deutscher Bildungspolitiker“ fordert angesichts des OECD-Bildungsberichts 2008 der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Ludwig Eckinger. „Deutschland muss sich endlich wieder an der Bildungsexpansion beteiligen“, sagte Eckinger am 9. September 2008. „Es muss mehr öffentliches Geld dafür in die Hand genommen werden, und wir brauchen endlich eine nationale Bildungsstrategie.“ Es sei mehr als blamabel, dass Deutschland sich bis heute auf den Bildungserfolgen längst vergangener Jahrzehnte ausruhe und dabei den Anschluss an den Bildungsboom in Kanada oder auch den nordeuropäischen Staaten verliere.

„Die Warnsignale der OECD an Deutschland betreffen die unterdurchschnittlichen Bildungsausgaben, den zu langsamen Anstieg der Mittel im schulischen Bereich und vor allem den drohenden Lehrermangel“, hebt Eckinger hervor. „Deutschland ist seit Jahren im internationalen Vergleich auffällig, weil es die älteste Lehrerschaft hat. Doch auf 100 ausscheidende Lehrerinnen und Lehrer kommen nur 60 neue in den Beruf. Der Lehrermangel wird sich in den kommenden zehn Jahren weiter verschärfen.“ Trotz dieser absehbaren Notlage gelte die Lehrerbildung an den Universitäten nur als

fünftes Rad am Wagen, kritisiert der VBE-Bundesvorsitzende. Die Umstrukturierung in Bachelor- und Masterstudiengänge trage bisher nicht zur Erhöhung der Attraktivität von Lehramtsstudien bei.

Vom Bildungsgipfel im Oktober fordert Eckinger konkrete Beschlüsse von Bund und Ländern. Alle Bereiche der öffentlichen Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule müssten in gesamtstaatlicher Verantwortung auf Expansionskurs gebracht werden.
(12/36/08)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der **sbb** beamtenbund und tarifunion sachsen hat sich auch in diesem Jahr auf dem Tag der Sachsen vorgestellt. Zum Auftakt der Veranstaltung in Grimma gab es am 5. September das traditionelle Fußballspiel zwischen dem FC Beamtenbund und dem FC Landtag. Am 6. und 7. September informierten Mitgliedsgewerkschaften des sbb über ihre Arbeit, Gespräche mit Politikern und Verbandsvertretern standen auf dem Programm.

Auf dem Brandenburg-Tag 2008 am 6. und 7. September in Königswusterhausen war der **dbb brandenburg** wieder gemeinsam mit Mitgliedsgewerkschaften und –verbänden präsent. Für Besucher bestand die Möglichkeit zu Gespräch und Diskussion vor Ort, Interessen-

ten erhielten Informationsmaterial und sachkundige Auskunft zu dienst-, tarif- und versorgungsrechtlichen Fragen.

Der Vorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), **Anton Bachi**, hat den niedersächsischen Justizminister Bernd Busemann aufgefordert, sich intensiv mit Problemen zu beschäftigen, die mit der geplanten Privatisierung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bremerförde verbunden wären. Busemann, der im August zwei Tage und zwei Nächte in der JVA Hannover verbrachte, hatte im Anschluss in einem Schreiben an die Mitarbeiter den „leistungsstarken und engagierten niedersächsischen Justizvollzug“ gelobt und versichert, „dass ich Ihre Arbeit nach Kräften

fördere und unterstütze und in schwierigen Zeiten an Ihrer Seite stehe“.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) hat das harte Vorgehen der Berliner Polizei gegen Mitglieder der Hells Angels unterstützt. 300 Rocker hatten sich in Berlin getroffen, um in einem Korso durch die Stadt zu fahren, obwohl dieser „City Run“ aus „verkehrlichen und sicherheitsrelevanten Gründen“ verboten worden war, wie die DPolG am 8. September 2008 mitteilte. Die Situation war eskaliert, einige Mitglieder der Hells Angels wurden vorübergehend festgenommen. DPolG-Chef **Rainer Wendt** verwies auf zunehmende Gewalt der Rocker gegen Polizeibeamte und forderte „ge-

genüber diesen Leuten eine Null-Toleranz-Strategie“.

Rund acht Jahre nach dem Verkauf an einen Privatinvestor kauft der Bund die **Bundesdruckerei** zurück. Darauf haben sich die bisherigen Gesellschafter sowie das Finanz- und das Innenministerium verständigt, wurde am 9. September 2008 in Berlin mitgeteilt. Die Transaktion wurde mit der "Wahrung der nationalen sicherheitspolitischen Interessen" begründet. Der Erwerb der Bundesdruckerei GmbH schaffe auch eine sicherheitspolitische Voraussetzung zur Vergabe der Herstellung des elektronischen Personalausweises an die Bundesdruckerei. Ein Kaufpreis wurde nicht genannt. (13/36/08)